

Bezirksamtsvorlage Nr. 367
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem

1. Gegenstand der Vorlage:

Bildungsmonitoring Berlin-Mitte - Bildungszugänge und Bildungsübergänge von im Bezirk Mitte lebenden Kindern im Alter von 0 - 18 Jahren und ihren Familien

2. Berichtersteller/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

die weitere Umsetzung des Bildungsmonitorings Berlin-Mitte / Bildungszugänge und Bildungsübergänge von im Bezirk Mitte lebenden Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 - 18 Jahren und ihren Familien im Zeitraum 2023 - 2027.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

-

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

-

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Sind der Vorlage zur Kenntnisnahme zu entnehmen.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

-

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

10. Mitzeichnung(en):

JugFamGesL
SchuSpOL

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über Bildungsmonitoring Berlin-Mitte - Bildungszugänge und Bildungsübergänge von im Bezirk Mitte lebenden Kindern im Alter von 0 - 18 Jahren und ihren Familien

Das Bezirksamt hat am 23.05.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt beschließt die weitere Umsetzung des Bildungsmonitorings Berlin-Mitte / Bildungszugänge und Bildungsübergänge von im Bezirk Mitte lebenden Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 - 18 Jahren und ihren Familien im Zeitraum 2023 - 2027.

Begründung:

Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Partizipation. In Berlin-Mitte verlassen jedoch seit Jahren ca. 10% der Schulabgänger die Schule ohne Abschluss. Mangelnde Partizipation und die Entstehung von Randgruppen gefährden die Demokratie und sind ein wesentlicher Faktor für das Entstehen von Perspektivlosigkeit und im schlimmsten Fall Jugendgewalt. Der Bezirk Mitte weist eine sehr vielseitige räumliche und soziale Struktur auf, die in den Problemlagen unterschiedlich verteilt sind. In Zeiten knapper Ressourcen ist es besonders wichtig, Mittel zielgerichtet einzusetzen. Das Bildungsmonitoring ermöglicht gezieltes Handeln dort, wo die Lage besonders schwierig ist und Familien und Kinder einer besonderen Unterstützung bedürfen, um ihre Bildungsteilhabe zu sichern.

In Deutschland beeinflusst die soziale Herkunft und die Sozialisation stark die Bildungschancen von Kindern. Das Projekt Bildungsmonitoring Berlin-Mitte wurde 2017 ins Leben gerufen, um das Bedingungsgefüge bei Kindern bis zum Verlassen der allgemeinbildenden Schule besser zu verstehen: Ursachen für Bildungsdisparitäten, die zu unterschiedlichen Chancen im Bildungssystem führen, sollten zunächst auf der Basis vorhandener Datenbestände identifiziert, Indikatoren entwickelt und Ansatzpunkte zur Steuerung aufgezeigt werden.

In den Jahren 2017 bis 2022 wurden die im BA-Beschluss vorgesehenen Arbeitsschritte durchgeführt. Die bezirklichen Datenbestände wurden in Kooperation mit dem bezirklichen Sprachförderzentrum, dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, dem Jugendamt, dem Schulamt und der Schulaufsicht gesichtet und ausgewertet. Des Weiteren wurde eine Erhebung im Zusammenhang mit der Einschulungsuntersuchung bei den Familien der Einschulungskohorte 2019/20 und eine Erhebung bei den Grundstufen des Bezirks durchgeführt. Es sind insgesamt sieben Veröffentlichungen entstanden, die die Lage der Familien mit Kindern in der Einschulungskohorte, der Kinder, die Situation der Kitas und der Grundstufen beleuchten (siehe Liste der Veröffentlichungen).

<https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/bildungsmonitoring/>

Das Projekt konnte aufzeigen, wie mit dem kontinuierlich vorhandenen Verwaltungsdatenbestand nachhaltig quantitative Kindertageseinrichtungs- und Grundschulcharakteristika ermittelt werden können. Basis bildeten hierfür die Indikatoren, die auch in der nationalen Bildungsberichterstattung verwendet werden, um so die Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit sicherzustellen, u.a. mit den Bezirksregionenprofilen.

Folgende Arbeitsschritte sind für den zweiten Projektanschnitt bis 2025 vorgesehen: Auf der Basis der Erkenntnisse aus dem ersten Projektabschnitt sollen gemeinsam mit den Akteuren aus der Verwaltung Umsetzungsmaßnahmen für den Bereich der frühen Bildung und den Übergang in die Grundstufe erfolgen.

- Aufgezeigt wurde im ersten Projektabschnitt, wie Daten aus bestehenden Datenerhebungen für das Bildungsmonitoring genutzt werden können. Zur Verstetigung des Ansatzes und damit besseren Ausschöpfung des Datenpotenzials müssten nun die entsprechenden verwaltungsseitigen Grundlagen geschaffen werden.
- Die Covid-19-Pandemie zeigte weitere Schwachstellen des derzeitigen Systems auf. Diese liegen in den Kooperationsformen der involvierten Bereiche, der Organisation der Erhebung wie auch der Art der Datenhaltung. Da die Einschulungsuntersuchung ausgesetzt bzw. zeitlich sehr gestreckt werden musste, wurden z.B. für einen Teil der Einschulungskohorte die Sozialstrukturdaten nicht erhoben, obwohl sie keine Anwesenheit der Auskunftspflichtigen erforderten. Es soll daher mit den Beteiligten ein Vorschlag für die Implementierung eines robusteren Systems entwickelt werden, welches sowohl die Administration entlastet wie auch die Leistungserbringung gegenüber den Familien verbessert.
- Die Covid-19-Pandemie führte zu einer temporären Veränderung des Einschulungsverfahrens für das Schuljahr 2021/22, durch welches einige organisatorische Schwachstellen des bisherigen Verfahrens beseitigt werden konnten und ein besser integriertes Handeln der Akteure insbesondere im frühen Bildungsbereich möglich ist. Diese Vorgehensweise soll begleitend evaluiert werden, um im Hinblick auf eine Verstetigung die Effekte zu erfassen.
- Die Effekte vorschulischer Sprachförderung außerhalb von Kitas (§ 55 SchulG) soll einer näheren Analyse unterzogen werden, die auch die Ursachen der Nichtbeteiligung einschließt.

Für zwei weitere Übergänge – in die Sekundarstufe sowie in die Ausbildung – sind die vorliegenden Daten zu sichten. Darauf aufbauend sind weitere Datenerhebungen vorgesehen, die Motive für und das Ergebnis des Übergangs dokumentieren sollen und die Schulen, Eltern und Jugendliche einbeziehen.

Damit das Bildungsmonitoring noch besser als Basis für zielgerichtetes behördliches Handeln dienen kann, wird Folgendes gewährleistet:

- Der zeitnahe und vollständige Datenfluss (in Form anonymisierter Einzeldaten) aus den verschiedenen Ämtern in das Bildungsmonitoring wird geregelt und für die Zukunft wird ein Standardprozess aufgesetzt. Die Verwaltung verfügt bereits über wertvolle Daten, deren Potential genutzt werden kann, wie das Projekt aufzeigt. Deren Erhebungen werden verstetigt und robuster implementiert, Definitionen abgestimmt und Datenlücken werden geschlossen.
- Weitere für das Bildungsmonitoring wichtige Daten sollen erschlossen werden. Dazu gehören beispielsweise die schulischen Lernausgangsuntersuchungen bei der Einschulung, weitere Leistungs- und Leistungsverlaufsdaten und die Schullaufbahnnempfehlungen.

Für die Fortführung des **Projektes Bildungsmonitoring Berlin-Mitte** steht weiterhin die ehemalige Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Mitverfasserin der Nationalen Bildungsberichte - Bildung in Deutschland von 2006 bis 2020, **Prof. Dr. Ulrike Rockmann, zur Verfügung. Zusätzlich besteht Interesse von Herrn Prof. Florian Klapproth** (Medical School Berlin - Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie) das Projekt zu begleiten.

Das **Projekt Bildungsmonitoring Berlin-Mitte** wird in ressortübergreifender Zusammenarbeit zwischen dem Sprachförderzentrum Berlin-Mitte, der Jugendhilfeplanung, der regionalen Schulaufsicht incl. Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe 01 | KSJ, dem Schulamt und dem Gesundheitsamt - bezirkliche Gesundheitsberichterstattung, umgesetzt.

Die OE Sozialraumorientierte Planungskoordination und das Amt für Weiterbildung und Kultur wird aktiv einbezogen.

Die Fachämter gewährleisten die Datenbereitstellung inkl. der Zuordnung der Identifikatoren.

Schulamt

- Daten zu den pädagogischen Aufnahmegesprächen
- Zuordnungsliste der aufnehmenden Schule
- § 55 SchulG Datensätze

Gesundheitsamt

- Kita Reihenuntersuchungsergebnisse
- Einschulungsuntersuchung (ESU)

Jugendamt

- Datensätze zu § 55 SchulG Vermittlung in KITA bzw. Sprachfördergruppen
- Kita Datensätze - ISBJ (zu Kindern und Kitas)

Stichtage und Lieferdaten werden im Rahmen des Projekts mit den jeweiligen Fachämtern festgelegt.

A) Rechtsgrundlage

§ 13 i.V.m. §36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Im Haushaltsplan 2023 sind 9.000,- € für die ergänzende Datenerhebung sowie die Aufbereitung/Auswertung der Daten eingestellt.

Für die Haushaltsplanaufstellung 2024/25 sowie 2026/27 (3300 42701) werden **bis zu 5.000,- €** für die ergänzende Datenerhebung sowie die Aufbereitung/Auswertung der Daten **geplant**.

Die Mittel werden als externe Honorare für ergänzende Datenerhebungen und Fragebogenerhebung in Familien und Bildungseinrichtungen (Kita/ Schulen) verwendet. Bei der Analyse/Auswertung bestehender Datensätze entstehen keine Kosten. Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann hat über SenInnDS zusätzliche Zuwendungsmittel aus 68569 für das Projekt „Konzepterstellung Bildungsdaten E-Gov.“ im HH 2023 / 10.720 € akquiriert, die dem Projekt zur Weiterführung zur Verfügung stehen.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Berlin, den

Bezirksbürgermeisterin Remlinger